WAHLPRÜFSTEINE - MECKLENBURG-VORPOMMERN 2026

1. Tabellarische Übersicht

		Die Linke	Bündnis 90 Die Grünen	Freie Demokraten FDP	Freie Wähler Mecklenburg-Vorpommern	CDU
1.	Forschungsförderung					
2.	Weitere Förderungen					
3.	Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen					
4.	Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)					
5.	Modellprojekte für Genusscannabis					
6.	Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland					
7.	Strafverfolgungsprioritäten					
8.	Initiativen					

Ebenfalls angefragt wurden die Parteien SPD, BSW und AfD. Von diesen Parteien haben wir keine Antworten auf unsere Fragen erhalten.

 Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW

 Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW

 Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW

 Entspricht überwiegend nicht den Forderungen des BvCW

 Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

2. Fragen und Antworten

1. Forschungsförderung

Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potenzialen von Hanf (Medizinalcannabis, Industriehanf [Faserbundstoff, Textilien, Baustoff, Lebensmittel etc.], Cannabinoiden, Genussmittel, Green Deal) einsetzen?

Die Linke

"Wir wollen die Forschung zu den vielfältigen Potenzialen von Hanf stärken – von Medizinalcannabis und Cannabinoiden bis zu Nutzhanf für Baustoffe, Textilien, Lebensmittel und andere biobasierte Produkte. Für Mecklenburg-Vorpommern sehen wir insbesondere Chancen an der Schnittstelle von Landwirtschaft, Bioökonomie, Gesundheitswirtschaft und nachhaltigem Bauen. Forschung sollte dabei möglichst mit regionaler Wertschöpfung und dem Transfer in die Praxis verbunden werden."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Hanf ist weit mehr als ein Genussmittel. Die Pflanze bietet Potenziale für Medizin, Landwirtschaft, Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft und klimafreundliche industrielle Anwendungen. Wir wollen Forschung deshalb ergebnisoffen entlang dieser unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten unterstützen.
Für Mecklenburg-Vorpommern sehen wir insbesondere Chancen an der Schnittstelle von Agrarforschung, Medizin und Lebenswissenschaften sowie Bioökonomie. Dazu gehören Forschung zu Medizinalcannabis und Cannabinoiden ebenso wie Anwendungen von Industriehanf für Fasern, Textilien, Lebensmittel sowie Bau- und Dämmstoffe.
Unser Ziel ist, Forschung und wirtschaftliche Anwendung stärker miteinander zu verbinden. Hochschulen, außeruniversitäre Forschung, Landwirtschaft und Unternehmen sollten gemeinsam neue Wertschöpfungsketten entwickeln und Forschungsergebnisse schneller in die Praxis bringen. Das entspricht unserem Ziel, Mecklenburg-Vorpommern mit einer ressortübergreifenden Strategie für Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft zu einem Bioökonomieland zu entwickeln."

Freie Demokraten FDP

"Wir setzen uns für eine Ausweitung der Forschungsförderung im Bereich Hanf ein – vor allem in Bezug auf Medizinalcannabis und Industriehanf. Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit der Universität Rostock und der Universitätsmedizin Greifswald über exzellente wissenschaftliche Kompetenz in Agrar-, Life-Science- sowie Pharmaforschung und Biomedizin. Diese Studiengänge eignen sich für gezielte Hanf-bezogene Forschungsprojekte. Wir wollen Forschungskooperationen zwischen diesen Einrichtungen und regionalen Betrieben fördern und die Cannabiswirtschaft als Innovationsfeld begreifen – gerade für ein Agrarland wie Mecklenburg-Vorpommern mit großem Potenzial bei nachwachsenden Rohstoffen für Textilien, Baustoffe und Lebensmittel."

FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern

"Die FREIEN WÄHLER sehen in Hanf einen vielseitigen und nachwachsenden Rohstoff mit erheblichen Potenzialen für Landwirtschaft, Industrie, Gesundheitswesen und Klimaschutz. Deshalb unterstützen wir eine technologieoffene und wissenschaftlich fundierte Forschungsförderung zu den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Hanf - von Medizinalcannabis über Industriehanf bis hin zu innovativen Baustoffen, Textilien, Faserverbundwerkstoffen oder Lebensmitteln.
Mecklenburg-Vorpommern verfügt über leistungsfähige Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie einige Unternehmen in der Agrar- und Chemiewirtschaft. Diese Kompetenzen sollten gezielt genutzt werden, um Innovationen, regionale Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Forschung muss sich dabei an wissenschaftlichen Erkenntnissen und wirtschaftlicher Praxistauglichkeit orientieren, nicht an ideologischen Vorgaben."

CDU

"Wir sehen in der Forschung zu Hanf durchaus Potenzial. Und zwar sowohl bei Medizinalcannabis und Cannabinoiden als auch bei Industriehanf, etwa für Baustoffe, Textilien oder Lebensmittel. Solche Forschung wollen wir unterstützen. Beim Cannabis als Genussmittel haben wir dagegen eine klare Haltung: Wir wollen die Legalisierung rückgängig machen. Medizinisches Cannabis ist davon ausdrücklich ausgenommen."

BvCW

2. Weitere Förderungen

Für welche weiteren Förderungen zu den Potentialen von Hanf werden Sie sich einsetzen? z. B. Anbauprämien für Nutzhanf, Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen für regionale Maschinenringe oder Förderung der langfristigen CO_2-Speicherung durch Bau- und Dämmmaterialien.

Die Linke

"Wir wollen vor allem regionale Wertschöpfungsketten für Nutzhanf unterstützen. Dazu können Modell- und Kooperationsprojekte, Investitionen in gemeinschaftlich nutzbare Ernte- und Verarbeitungstechnik sowie die Förderung innovativer Hanfprodukte gehören. Auch der Einsatz von Hanf als klimafreundlicher Bau- und Dämmstoff sollte stärker berücksichtigt werden. Eine spezielle Anbauprämie für Nutzhanf sehen wir dagegen nicht als vorrangiges Instrument."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Auch beim Industriehanf sehen wir Potenzial für neue regionale Wertschöpfungsketten. Entscheidend ist aus unserer Sicht, nicht isoliert den Anbau einer einzelnen Kultur zu fördern, sondern wirtschaftlich tragfähige Ketten vom Feld über Verarbeitung und Produktentwicklung bis zum Absatz aufzubauen. Genau dafür wollen wir Mecklenburg-Vorpommern mit einer ressortübergreifenden Landesstrategie für Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft zum Bioökonomieland entwickeln und nachhaltige Rohstoffe, Verarbeitung und Gründungen gezielt fördern, damit die Wertschöpfung im Land bleibt.
Förderungen für Pilot- und Demonstrationsprojekte, für regionale Verarbeitungskapazitäten und für Investitionen in geeignete Ernte- und Verarbeitungstechnik stehen wir deshalb positiv gegenüber. Gemeinschaftlich nutzbare Technik, etwa über Maschinenringe oder andere Kooperationen, kann gerade für kleinere Betriebe der entscheidende Hebel sein. Ebenso wichtig ist, dass Förderung überhaupt ankommt: Wir wollen Förderanträge vereinfachen, Mehrfacheinreichungen vermeiden und Verfahren vollständig digital ermöglichen, damit auch kleine und mittlere Betriebe zugreifen können.
Besonders interessant sind für uns Anwendungen, die nachwachsende Rohstoffe langfristig binden und fossile oder besonders CO2-intensive Materialien ersetzen. So wie wir Holz als regionalen, klimafreundlichen Baustoff fördern und mit einem Einspeisebonus nachhaltige Moorbiomasse als Roh- und Brennstoff verfügbar machen wollen, sehen wir auch bei biobasierten Bau- und Dämmstoffen aus Hanf erhebliches Potenzial für Innovation und regionale Verarbeitung.
Bei den Förderinstrumenten setzen wir auf Zielgenauigkeit statt Gießkanne:
Wir wollen Landnutzungen und Produktionsweisen dort fördern, wo sie Natur und Umwelt erhalten, Wasser schützen, CO2 binden und regionale Wertschöpfung schaffen. Eine allgemeine Anbauprämie allein für Nutzhanf halten wir deshalb für weniger wirksam als Unterstützung, die an Verarbeitung, Absatz und ökologischem Zusatznutzen ansetzt."

Freie Demokraten FDP

"Mecklenburg-Vorpommern ist flächenmäßig einer der bedeutendsten Standorte für Hanfanbau in Deutschland.
Die regional verankerten Betriebe bieten oft passende Voraussetzungen für den Anbau von Nutz- und Industriehanf. Statt auf Anbauprämien, Erntezuschüsse oder Zuschüsse zu Ernte- und Verarbeitungsmaschinen setzen wir auf Entbürokratisierung, schnellere Genehmigungsverfahren bei Investitionen und vor allem bezahlbare Energie. Wir wollen neue Technologien und Anbaumethoden ermöglichen und staatlich vorgegebene Bewirtschaftungsregeln abbauen. Industriehanf als schnellwachsender CO2-Binder kann zur langfristigen CO2- Speicherung in Bau- und Dämmmaterialien beitragen – und ein Baustoff der Zukunft werden."

"Die FREIEN WÄHLER befürworten Fördermaßnahmen, die nachweislich regionale Wertschöpfung schaffen und den ländlichen Raum stärken. Dazu gehören insbesondere Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Investitionen in Verarbeitungsstrukturen sowie die Förderung innovativer Anwendungen von Nutzhanf.
Wir können uns ebenso eine Unterstützung gemeinschaftlich genutzter Ernte- und Verarbeitungstechnik, beispielsweise über Maschinenringe, vorstellen. Auch der Einsatz von Hanffasern im Bauwesen verdient stärkere Aufmerksamkeit.
Nachwachsende Rohstoffe können einen wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung und langfristigen CO2-Bindung leisten. Förderprogramme müssen jedoch technologieoffen ausgestaltet werden und sich an messbaren wirtschaftlichen und ökologischen Effekten orientieren."

"Bei Industriehanf sehen wir durchaus wirtschaftliche Potenziale, etwa bei Baustoffen, Textilien oder anderen nachwachsenden Rohstoffen. Ob und welche zusätzlichen Förderinstrumente dafür sinnvoll sind, muss sich an Wirtschaftlichkeit und konkretem Nutzen für Mecklenburg-Vorpommern orientieren. Eine Förderung von Cannabis als Genussmittel kommt für uns nicht in Betracht."

3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defektur- und Rezepturarzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?

Die Linke

"Ja. Wir befürworten bundesweit einheitliche, verlässliche und möglichst unbürokratische Regelungen für Medizinalcannabis. Dazu gehört auch eine klare und einheitliche Regelung für Cannabisblüten und -extrakte als Ausgangsstoffe für Defektur- und Rezepturarzneimittel. Entscheidend sind für uns Arzneimittelsicherheit, Qualität und eine verlässliche Versorgung der Patient."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Medizinalcannabis darf nicht stigmatisierend anders behandelt werden als andere verschreibungspflichtige Arzneimittel. Unser Maßstab ist eine patient*innenorientierte, verhältnismäßige und rechtssichere Regulierung.
Deshalb stehen wir einer bundesweiten Vereinheitlichung von Regularien und Verfahrensweisen grundsätzlich positiv gegenüber. Unterschiedliche Auslegungen dürfen weder die Versorgung von Patientinnen noch die Arbeit von Ärztinnen und Apotheken unnötig erschweren.
Wir unterstützen eine fachlich und wissenschaftlich begründete bundesweit einheitliche Regelung, wenn sie Rechtssicherheit schafft und die sichere Versorgung von Patient*innen verbessert. Die Vereinheitlichung darf aber nicht genutzt werden, um, wie derzeit von der Schwarz-Roten Bundesregierung geplant, den Zugang zu Cannabis wieder zu erschweren."

Freie Demokraten FDP

"Ja. Wir setzen uns für eine bundesweit einheitliche Regulierung ein, die Rechts- und Planungssicherheit für Apotheken, Hersteller und Patienten schafft. Das ist gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern wichtig, wo sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in der Versorgung zeigt.
Cannabisblüten und -extrakte sind wichtige Bausteine in der Versorgung von schwer kranken Patienten. Wir befürworten eine einheitliche Kategorisierung als Wirkstoffe für Defektur- und Rezepturarzneimittel, um Doppelregulierung und unterschiedliche Auslegungspraxis der Länder zu beenden. Die Verschreibung von Cannabisblüten und Extrakten soll dabei die Entscheidung des behandelnden Arztes bleiben."

FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern

"Ja. Medizinische Versorgung braucht Rechtssicherheit und bundesweit einheitli che Rahmenbedingungen. Unterschiedliche Auslegungen der Vorschriften führen derzeit zu unnötigem bürokratischem Aufwand für Ärzte, Apotheken und Patienten.
Wir unterstützen daher eine Vereinheitlichung der Regularien, sofern dadurch die Arzneimittelsicherheit gewährleistet bleibt und die Versorgung von Patientinnen und Patienten verbessert wird. Ziel muss eine praktikable und rechtssichere Anwendung des Arzneimittelrechts sein."

CDU

"Einheitliche Regelungen auf Bundesebene halten wir bei medizinischem Cannabis grundsätzlich für sinnvoll. Bei der konkreten Einstufung von Cannabisblüten und Extrakten wollen wir den medizinischen und pharmazeutischen Sachverstand einbeziehen. Maßstab muss eine sichere und verlässliche Versorgung der Patienten sein."

4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z. B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Landtagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?

Die Linke

"Nicht psychoaktive Cannabinoide wie CBD sollten nicht pauschal wie berauschende Cannabisprodukte behandelt werden. Wir wollen einen klaren und wissenschaftlich begründeten Rechtsrahmen, der Verbraucher und Rechtssicherheit für Landwirtschaft, Hersteller und Handel verbindet. Wissenschaftlich fundierte Grenzwerte halten wir dabei für sinnvoll."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Nicht-psychoaktive Cannabinoide sollten nach ihrer tatsächlichen Wirkung und ihrem Risiko reguliert werden. Wir halten wenig davon, Produkte allein aufgrund ihrer Herkunft aus der Cannabispflanze unter einen pauschalen Verbotsverdacht zu stellen.
Für CBD, CBG, CBN und vergleichbare Stoffe braucht es klare, wissenschaftlich fundierte Regeln zu Produktsicherheit, Qualität, Kennzeichnung und Verbraucherschutz. Rechtssicherheit ist dabei sowohl für Verbraucher*innen als auch für Landwirtschaft, Handel und Hersteller wichtig.
Eine wissenschaftlich fundierte Grenzwertfindung unterstützen wir grundsätzlich, wenn sie einen sicheren Handel ermöglicht, unbeabsichtigte minimale THC-Gehalte sachgerecht berücksichtigt und zugleich gewährleistet, dass nicht unter dem Deckmantel vermeintlich nicht- psychoaktiver Produkte berauschende Erzeugnisse vertrieben werden.
Regulierung sollte sich am tatsächlichen Risiko orientieren."

Freie Demokraten FDP

"CBD, CBG und CBN benötigen dringend einen klaren, bundeseinheitlichen Rechtsrahmen. Gerade für die zahlreichen kleinen und mittelständischen Betriebe, die in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Anbau, Verarbeitung und Handel von Cannabinoiden tätig sind oder tätig werden wollen, schadet die derzeitige Rechtsunsicherheit dem Aufbau tragfähiger Geschäftsmodelle im ländlichen Raum. Wir befürworten eine wissenschaftlich fundierte Grenzwertfindung für den sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden. Nur so kann Rechtssicherheit geschaffen werden, ohne den Marktzugang für legale Anbieter unnötig zu erschweren."

FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern

"Wir stehen allen Innovationen und Produktneuheiten offen gegenüber. Um Missbrauch zu vermeiden sind wir jedoch für eine wissenschaftlich fundierte Grenzwertfindung, um Rechtsunsicherheit, Grauzonen und dergleichen zu verhindern."

CDU

"Bei Cannabinoiden steht für uns der Gesundheits- und Jugendschutz an erster Stelle. Auch bei nicht berauschenden Cannabinoiden müssen mögliche gesundheitliche Risiken berücksichtigt werden. Einen Rechtsrahmen oder neue Grenzwerte werden wir daher nur unterstützen, wenn deren Unbedenklichkeit wissenschaftlich belastbar belegt ist. Eine Regelung, die faktisch zu einer weiteren Liberalisierung von Cannabisprodukten führt, lehnen wir ab."

5. Modellprojekte für Genusscannabis

Die vorherige Bundesregierung plante den legalen Verkauf von qualitativ sicherem Genusscannabis in lizenzierten Fachgeschäften, um dadurch den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Sollte ihr Bundesland sich für eine Fortsetzung dieser Cannabis-Reformpolitik im Bundesrat einsetzen?

Die Linke

"Ja. Mecklenburg-Vorpommern sollte sich im Bundesrat für eine Fortsetzung der Cannabis-Reformpolitik einsetzen. Wir befürworten wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis über lizenzierte Fachgeschäfte. Sie können Erkenntnisse darüber liefern, wie der Schwarzmarkt zurückgedrängt und gleichzeitig Gesundheits-, Verbraucher:innen- und Jugendschutz verbessert werden können."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Ja. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich im Bundesrat für die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Cannabis-Reform einsetzt.
Die Teillegalisierung war aus unserer Sicht ein richtiger erster Schritt. Der nächste Schritt sollten wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe an Erwachsene sein. Sie können zeigen, wie Produktsicherheit, Jugendschutz, Prävention und Verbraucherschutz funktionieren und gleichzeitig der Schwarzmarkt weiter zurückgedrängt werden kann.
Langfristig halten wir eine regulierte Abgabe an Erwachsene unter klaren gesetzlichen Bedingungen für sinnvoller als eine Rückkehr zur Verbotspolitik. Dazu gehören strenge Regeln für Jugendschutz, Qualität, Werbung und Prävention."

Freie Demokraten FDP

"Ja. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat für eine Fortsetzung der Cannabis-Reformpolitik einsetzt. Die Erfahrungen mit dem Cannabisgesetz zeigen, dass ein regulierter Markt Schwarzmarktstrukturen zurückdrängen, Jugend- und Verbraucherschutz stärken und Qualitätsstandards für Konsumentinnen und Konsumenten gewährleisten kann.
Statt einer Rolle rückwärts braucht es endlich eine evidenzbasierte Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen. Dazu gehören auch lizenzierte Cannabisgeschäfte – auch als Chance für neue wirtschaftliche Perspektiven abseits der Ballungsräume."

FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern

"Die aktuelle Rechtslage muss zunächst sorgfältig wissenschaftlich ausgewertet werden. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER sollten politische Entscheidungen auf belastbaren Erkenntnissen und nicht auf ideologischen Positionen beruhen.
Ob weitere Modellprojekte sinnvoll sind, hängt maßgeblich davon ab, ob sie nachweislich zur Bekämpfung des Schwarzmarktes, zum Jugend- und Gesundheitsschutz sowie zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörden beitragen. Eine ergebnisoffene wissenschaftliche Evaluation hat für uns Vorrang."

CDU

"Wir wollen den Weg der Cannabis-Legalisierung nicht fortsetzen. Den restriktiveren Kurs der neuen Bundesregierung unterstützen wir. Unser Ziel bleibt, die Legalisierung rückgängig zu machen und Besitz, Anbau und Vertrieb von Cannabis wieder zu verbieten. Medizinisches Cannabis ist davon ausdrücklich ausgenommen."

6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Ihrem Bundesland Modellprojekte möglich werden? Würden Sie als Bundesland teilnehmen wollen bzw. Landkreise & Kommunen zur Teilnahme ermuntern?

Die Linke

"Wir stehen solchen Modellprojekten auch in Mecklenburg-Vorpommern offen gegenüber. Wenn Kommunen und wissenschaftliche Einrichtungen entsprechende Vorhaben entwickeln wollen, sollte das Land sie unterstützen und nicht ausbremsen.
Entscheidend sind eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung sowie die konsequente Berücksichtigung des Gesundheits- und Jugendschutzes."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Ja. Wenn der bundesrechtliche Rahmen wissenschaftliche Modellprojekte ermöglicht, wollen wir auch in Mecklenburg-Vorpommern entsprechende Vorhaben ermöglichen und interessierte Kommunen unterstützen.
Wir stehen Modellprojekten in Landkreisen und Kommunen offen gegenüber, sofern sie wissenschaftlich begleitet werden und verbindliche Konzepte zu Jugend- und Gesundheitsschutz, Prävention, Produktsicherheit und Evaluation enthalten.
Das Land sollte solche Projekte nicht durch zusätzliche Hürden verhindern, sondern interessierte Kommunen bei rechtlichen, organisatorischen und wissenschaftlichen Fragen unterstützen. Ob und wo ein Modellprojekt konkret umgesetzt wird, sollte gemeinsam mit den interessierten Kommunen und wissenschaftlichen Partnern entschieden werden."

Freie Demokraten FDP

"Die FDP setzt sich dafür ein, dass Modellprojekte für den lizenzierten Verkauf von Genusscannabis auch in Mecklenburg-Vorpommern möglich werden. Gerade in touristisch geprägten Regionen entlang der Küste sowie in den Universitätsstädten Rostock und Greifswald könnten solche Projekte sehr gut wissenschaftlich begleitet werden. Besonders der Kinder- und Jugendschutz und die Prävention gehören dabei ins Zentrum und müssen sorgfältig ausgestaltet werden. Landkreise und Kommunen, die teilnehmen möchten, sollten nicht durch übermäßige bürokratische Hürden entmutigt werden."

FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern

"Wir sehen Modellprojekte nicht als Selbstzweck. Sollte der Bund hierfür einen klaren rechtlichen Rahmen schaffen und eine wissenschaftliche Begleitung gewährleisten, können interessierte Kommunen oder Landkreise eigenverantwortlich über eine Teilnahme entscheiden.
Eine landesweite Verpflichtung oder politische Vorgabe lehnen wir jedoch ab.
Entscheidungen sollten unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Gegebenheiten getroffen werden."

CDU

"Wir wollen Modellprojekte zur Abgabe von Cannabis als Genussmittel auf Landesebene nicht unterstützen und Kommunen auch nicht zur Teilnahme ermuntern. Die kommunale Selbstverwaltung achten wir selbstverständlich. Wo das Land Einfluss nehmen kann, werden wir solche Projekte jedoch nicht fördern. Unser Ziel bleibt die Rücknahme der Cannabis-Legalisierung."

7. Strafverfolgungsprioritäten

Das aktuelle Cannabisgesetz enthält weiterhin die umstrittene “Rauschklausel” (bzw. “Missbrauchsklausel”), obwohl bis heute kein Missbrauchsfall hierzu bekannt ist. Auch aufgrund der nun legalen Verfügbarkeit von Cannabis ist ein Missbrauch von Industriehanf zu Rauschzwecken höchst unwahrscheinlich. Welche Priorität sehen Sie in der weiteren Strafverfolgung hierzu?

Die Linke

"Die Strafverfolgung sollte sich an tatsächlichen Gefahren und nicht an theoretischen Missbrauchsmöglichkeiten orientieren. Bei gesetzeskonformem Nutzhanf sehen wir keinen Grund, erhebliche Ressourcen von Polizei und Justiz für die Verfolgung eines kaum realistischen Missbrauchs zu binden. Wir setzen uns deshalb für mehr Rechtssicherheit und die Abschaffung der sogenannten Missbrauchsklausel ein."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Industriehanf ist ein landwirtschaftlicher Rohstoff mit vielfältigen wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten. Der legale Anbau und die Verarbeitung dürfen nicht durch unverhältnismäßige Strafverfolgung oder Rechtsunsicherheit erschwert werden.
Unser Grundsatz ist auch hier: Staatliches Handeln muss sich an tatsächlichen Risiken orientieren. Wo Industriehanf nachweislich für zulässige gewerbliche, landwirtschaftliche oder wissenschaftliche Zwecke angebaut und verarbeitet wird und keine konkreten Hinweise auf einen Missbrauch vorliegen, sehen wir keinen Anlass, daraus einen besonderen Schwerpunkt der Strafverfolgung zu machen.
Polizei und Justiz sollten ihre begrenzten Ressourcen dort einsetzen, wo tatsächlich Gefahren bestehen, etwa beim illegalen Handel, bei organisierter Kriminalität oder beim Jugend- und Gesundheitsschutz. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für klare Regelungen ein, die den legalen Anbau und die wirtschaftliche Nutzung von Industriehanf rechtssicher ermöglichen."

Freie Demokraten FDP

"Wir setzen uns für die Überprüfung und Streichung der Rauschklausel ein. Ein Missbrauch von Industriehanf zu Rauschzwecken erscheint gerade auch nach der Teillegalisierung von Genusscannabis höchst unwahrscheinlich. Hinzu kommt, dass bis heute kein dokumentierter Missbrauchsfall bekannt ist. Polizei und Justiz sollen ihre begrenzten personellen Ressourcen besser dort einsetzen, wo sie dringend nötig sind – und nicht zur Ahndung vermeintlicher Missbrauchsfälle im Zusammenhang mit Industriehanf."

FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern

"Die Strafverfolgungsbehörden müssen ihre begrenzten Ressourcen auf Bereiche konzentrieren, die tatsächlich eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen.
Sollte sich wissenschaftlich bestätigen, dass von Industriehanf aufgrund der gesetzlichen THC-Grenzwerte praktisch kein Missbrauchspotenzial ausgeht, halten wir eine Überprüfung der bisherigen Strafverfolgungspraxis für sinnvoll. Bürokratie und Strafverfolgung dürfen nicht Selbstzweck sein. Gleichzeitig müssen missbräuchliche Umgehungstatbestände konsequent verfolgt werden."

CDU

"Die Regelungen zum Industriehanf müssen praktikabel sein und eine sinnvolle wirtschaftliche Nutzung ermöglichen. Es darf allerdings keine Schlupflöcher für den Missbrauch zu Rauschzwecken geben. Wo ein entsprechender Verdacht besteht, muss dieser auch weiterhin konsequent verfolgt werden. Eine pauschale Entkriminalisierung über die sogenannte Rauschklausel lehnen wir daher ab."

8. Initiativen

Welche Initiativen beabsichtigen Sie zum Thema Hanf / Cannabis in der nächsten Legislaturperiode?

Die Linke

"Welche konkreten parlamentarischen Initiativen in der nächsten Legislaturperiode möglich sind, hängt auch von den künftigen Mehrheitsverhältnissen ab. Inhaltlich wollen wir uns für bessere Rahmenbedingungen für Nutzhanf, regionale Wertschöpfung und Forschung sowie für wissenschaftliche Modellprojekte zur kontrollierten Cannabisabgabe einsetzen.
Grundsätzlich steht Die Linke für eine evidenzbasierte und gesundheitsorientierte Drogenpolitik. Unser langfristiges Ziel bleibt die vollständige Legalisierung von Cannabis mit einem regulierten Markt, klarer Qualitätssicherung sowie konsequentem Gesundheits-, Kinder- und Jugendschutz."

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

"Wir wollen Hanfpolitik künftig stärker aus drei Perspektiven zusammendenken: Gesundheits- und Drogenpolitik, Landwirtschaft sowie Bioökonomie und Innovation.
Im Bereich Cannabis wollen wir das Cannabisgesetz praxistauglich weiterentwickeln, Anbauvereinigungen rechtssicher ermöglichen, wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe unterstützen und Jugend- und Gesundheitsschutz stärken. Bei Medizinalcannabis setzen wir uns für eine patient*innenorientierte und verhältnismäßige Regulierung ein. Auch Prävention, Suchthilfe, Schadensminderung und Drug Checking wollen wir weiterentwickeln.
Beim Industriehanf wollen wir die Potenziale als nachhaltigen Rohstoff stärker in unsere Landesstrategie für Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft integrieren. Dazu gehören Forschung und Transfer, regionale Wertschöpfungsketten, Verarbeitungskapazitäten, Innovationen bei Bau- und Dämmstoffen sowie die Unterstützung von Unternehmen und Gründungen, die neue Anwendungen für nachwachsende Rohstoffe entwickeln.
Unser Ziel ist eine Hanfpolitik ohne ideologische Scheuklappen: wissenschaftsbasiert, rechtssicher und orientiert an Gesundheits- und Jugendschutz ebenso wie an den wirtschaftlichen und ökologischen Potenzialen der Pflanze."

Freie Demokraten FDP

"Wichtig sind uns als FDP klare, wissenschaftsbasierte und transparente Regelungen im Umgang mit Hanf und Cannabis. Mit Blick auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe steht die Abschaffung der Rauschklausel und im direkten Zusammenhang damit die Anhebung des THC-Grenzwertes für Nutzhanf auf min. 0,6% THC. Dies ermöglicht den Betrieben beim Anbau des Industriehanfs mehr Spielräume und geringe wirtschaftliche Risiken. Ebenso wollen wir, unter Berücksichtigung des Aufbaus regionaler Wertschöpfungsketten, Modellprojekte für den Verkauf von Konsumcannabis an Erwachsene und deren wissenschaftliche Begleitung möglich machen. Dazu soll die Forschungskompetenz auf Rostock und Greifswald eingebunden werden."

"Die FREIEN WÄHLER wollen die Potenziale von Hanf vor allem als Wirtschafts-, Innovations- und Agrarrohstoff besser nutzen. Denkbare Initiativen sind:

- stärkere Forschungsförderung zu Industriehanf und Medizinalcannabis,
- Förderung regionaler Wertschöpfungsketten,
- Bürokratieabbau bei Anbau und Verarbeitung von Nutzhanf,
- Unterstützung innovativer Anwendungen im Bauwesen, in der Kreislaufwirtschaft sowie bei biobasierten Werkstoffen,
- wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Cannabisgesetzgebung,
- Verbesserung der Versorgung mit Medizinalcannabis durch praxistaugliche und einheitliche Regelungen.

Unser Ansatz bleibt dabei klar: Technologieoffenheit, wissenschaftliche Erkenntnisse, regionale Wertschöpfung und praktikable Lösungen statt ideologischer Debatten."

"Unsere Schwerpunkte liegen auf Prävention und Beratung. Wir wollen die Sucht- und Drogenberatung dauerhaft stärken und gemeinsam mit Trägern und Kommunen einen Perspektivplan für eine verlässliche Finanzierung erarbeiten. Zudem wollen wir die Landessuchtkonzeption finanziell besser untersetzen. Außerdem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Cannabis-Legalisierung rückgängig zu machen. Medizinisches Cannabis ist davon ausgenommen."